

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Konkurrenz der Belastungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Konkurrenz der Belastungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 4, pp. 7-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131285>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Demontage der Zollschranken in Torquay?

Eine internationale Beurteilung der Erfolge und Mißerfolge

ENGLAND: Die Rettung des Präferenzsystems

London, den 7. April
Die Optimisten — es waren außerhalb der beteiligten Delegationen nicht gar so viele in England — haben Recht behalten: Die Zollkonferenz von Torquay, die man besser als eine umfassende Welthandelskonferenz bezeichnet, hat zu sehr beachtlichen Erfolgen geführt. In einer im wesentlichen sachlichen Atmosphäre hat man ein gutes halbes Jahr über die Senkung, in einigen Fällen auch über die Beseitigung von Zollmauern verhandelt. Das klingt sehr viel ruhiger, als es in Wirklichkeit war.

Weltpolitische Gewitterlage

Denn schließlich fiel in dieses halbe Jahr die Verschärfung des Korea-Krieges, der zeitweise zu einem asiatischen Feuerbrand zu werden drohte. Aber auch die allgemeine Entschließung des Westens, energisch an die Stärkung der Sicherheit durch Aufrüstung zu gehen, fällt in diesen Zeitraum und im Zusammenhang damit die Rohstoffhausse, die wehrwirtschaftliche Lagerbildung, die Ankündigung von Konsumeinschränkungen und für viele Artikel die Rückkehr zum „Verkäufer-Markt“, der amerikanische Beschluß, das industrielle Potential auszuweiten, und das europäische Bemühen, das soziale Gleichgewicht weder durch inflationistisches Davonlaufen der Preise und Löhne noch durch übersteigerte, die Konsumgüterindustrie zu stark beeinträchtigende Rüstungsanstrengungen stören zu lassen.

Wenn es in diesem weltwirtschaftlichen Witterungsumschlag dennoch gelungen ist, die alten Zollkonzessionen von Genf und Annecy auf weitere drei Jahre zu verlängern und viele neue Zoll-erleichterungen zwischen einzelnen

Ländern auszuhandeln und auf dem Wege über die Meistbegünstigung allen angeschlossenen Ländern zugutekommen zu lassen, so liegt darin eine beachtliche Leistung, die in dem ihr zugrundeliegenden Geiste ebenso hoch zu bewerten ist wie etwa der Schuman-Plan.

Rückzug der Amerikaner

Dabei hat es sicherlich an Enttäuschungen nicht gefehlt. Zu den größten dürfte der zunächst kaum merkliche, schrittweise erfolgende Rückzug der Amerikaner aus ihrer vorgeschobenen Position sehr erheblicher, wenn auch allgemein gehaltener Versprechungen gehört haben. Die tiefere Ursache für diesen Rückzug wurde schon erwähnt: der Beschluß der Amerikaner, für das neue Rüstungsprogramm neue, zusätzliche Kapazität zu schaffen. Denn in diesen neuen Fabriken und sonstigen Anlagen werden die Amerikaner ja — so hoffen wir doch alle — nicht immer nur Rüstungsgüter erzeugen. Bleibt jedoch die bisherige, für Friedensprodukte bestimmte Kapazität erhalten und wird eine neue, später für eine Umstellung auf Friedensprodukte geeignete Kapazität hinzugefügt, so kann man sich sehr wohl ausrechnen, was das eines Tages, vielleicht schon in zwei oder drei Jahren bedeuten könnte: Auf den weiterhin ziemlich normal befriedigten Verbrauchermarkt der USA. können eines Tages zusätzliche Konsumgüter geworfen werden, denen man nicht durch die weitgehenden gegenwärtigen Zollkonzessionen eine nachdrückliche Konkurrenz schaffen will. Das ist zwar nicht weltwirtschaftlich gedacht — doch darf man nicht vergessen, daß die Amerikaner unter dem Marshallplan Erfahrungen darüber gesammelt

haben, wann und unter welchen Umständen es für sie günstiger sein kann, Produktionsüberschüsse nach von ihnen bestimmten Gesichtspunkten zu verschenken, anstatt sie im normalen, auf Gegenseitigkeit aufzubauenden Welthandel anzubieten.

Kampf gegen die Präferenzen

Eine andere Überraschung war es in Torquay, daß die Amerikaner ihr schon früher gegen das britische Präferenz-System des Commonwealth geführtes Feuer wiederum eröffneten — und zwar offensichtlich mit recht unangenehmer Intensität. Ihren Vorstellungen von gleichberechtigtem, überall unter Meistbegünstigung erfolgreichem Handel widerspricht das britische Präferenz-System. Sie lassen sich auch nicht mit dem britischen Einwand abspeisen, daß man ja schließlich „Familienangehörigen“, also den Dominien, manches erlaube und gewähre, was man auch seinem besten Freunde, also den USA., nicht ohne Beeinträchtigung der Familie und ihrer Sonderstellung erlauben und gewähren könne. Besonders wurmt es die USA., daß sie in Kanada durch manche Präferenzen gegenüber britischen Waren ins Hintertreffen geraten und daß in Sterling-Dominien, wie Australien und Südafrika, aber auch in Indien und Pakistan, neben dem Dollarmangel auch noch die Vorzugszölle zugunsten britischer Waren sprechen. Man kann noch auf eine Zurückziehung der amerikanischen Drohungen an die britische Adresse in letzter Minute hoffen. Eine Verwirklichung der Drohung, daß man eine Reihe von Zollkonzessionen an dritte Länder von amerikanischer Seite in Torquay nicht unterschreiben werde, damit England nicht über die Meistbegünstigung in ihren Genuß gelange, würde

diese dritten Länder, darunter auch Deutschland, wohl mehr treffen als England, das die amerikanischen Konzessionen für ungewisse Tauen auf dem Dache hält, die nach drei Jahren, nach Ablauf der Tor-

quay-Vereinbarungen, auch noch wieder wegfiegen könnten und die man nicht gegen den Sperling der Commonwealth-Präferenzen in der fest geschlossenen Hand einzutauschen gedenkt. (Gw)

FRANKREICH: Kampf um den Protektionismus

Paris, den 6. April
Die französische Delegation kam im letzten Herbst auf der Internationalen Zollkonferenz von Torquay mit höchst protektionistischen Absichten an. An Stelle der erwarteten Zollkonzessionen unterbreitete sie ihren überraschten Verhandlungspartnern eine sehr lange Liste von Waren, deren Zollsätze sie in Abänderung der in Genf und Annecy gemachten Zugeständnisse wieder heraufsetzen wollte. Das Echo auf diese unglückliche französische Initiative war denkbar schlecht und erschreckte selbst die zuständigen Stellen in den Pariser Ministerien, die sich schließlich nicht den Vorwurf lassen machen wollten, die Totengräber der Konferenz von Torquay zu sein. Die zunächst von der französischen Delegation vorgebrachten Entschuldigungen waren nicht überzeugend. Frankreich beabsichtigte angeblich nur einen Austausch von Zollkonzessionen. Diejenigen Waren, die durch einen höheren Zollsatz erneut geschützt werden sollten, würden zu Gunsten der ausländischen Exporteure durch andere Erzeugnisse mit herabgeminderten Zollsätzen ersetzt werden, so daß sich mengenmäßig an den französischen Zugeständnissen nichts ändere. Die Pariser Delegierten vergaßen aber bei dieser Erklärung die wichtige Tatsache, daß sie nach Torquay geladen wurden, um über die Ergebnisse der Konferenzen von Genf und Annecy hinaus das internationale Zollniveau herabdrücken zu helfen. Nach dem von ihnen vorgesehenen Austausch der Zugeständnisse waren nämlich kaum noch wichtige Waren für zusätzliche Zollherabsetzungen übrig geblieben.

Bittere Zugeständnisse

In der Folge mußte die französische Delegation in Torquay viel Wasser in ihren Wein gießen. Wenn auch die Ergebnisse der Zollkonferenz erst am 9. Mai ver-

öffentlicht werden, weiß man bereits offiziös durch eine Verlautbarung der französischen Presseagentur, daß sich Frankreich schließlich bereit erklärte, die überwiegende Mehrheit seiner in Annecy und Genf gemachten Zugeständnisse bis Ende 1953 zu konsolidieren. Entscheidend verantwortlich für diesen grundlegenden Wandel war zweifellos der Einfluß der USA., die Frankreich zu verstehen gaben, es könne nicht mit einer Erleichterung seiner Ausfuhren nach der Dollarzone rechnen, wenn es selbst unverändert seiner protektionistischen Tradition treu bliebe. Der zunehmende Ausfuhrüberschuß Frankreichs im Handelsverkehr mit den europäischen Ländern stärkte zudem die Stellung der fortschrittlichen französischen Elemente, die auf die inflationistischen Gefahren eines Ausfuhrüberschusses hinweisen konnten. Man darf auch nicht vergessen, daß Frankreich von allen europäischen Ländern den höchsten Zolltarif besitzt und sich infolgedessen keine protektionistische Sonderpolitik mehr leisten kann, wenn es nicht alle internationalen Bemühungen von Anfang an zum Scheitern verurteilen will. Der französischen Delegation gelang es z. B. in Torquay nicht, mit den Beneluxländern ein neues Zollabkommen abzuschließen, da diese Staaten erklärten, ihr Zolltarif sei bereits derart niedrig, daß sie dem wesentlich protektionistischeren Frankreich keine Zugeständnisse machen könnten.

BENELUX: Unzufrieden und enttäuscht

Rotterdam, den 6. April
Um die Wertung der bisherigen Ergebnisse von Torquay in den Beneluxländern zu verstehen, ist es notwendig, sich vor Augen zu halten, welches Ziel sich diese als eine Einheit auftretenden Staaten gesteckt hatten. In der Konferenz, wo die Länder paarweise mit ein-

Einheitlicher Europatarif

Auf einer anderen Ebene forderten die Beneluxstaaten zusammen mit Skandinavien und unterstützt von den USA. die Ausarbeitung eines einheitlichen europäischen Zolltarifes. Im Sinne dieser Länder würde das einer weitgehenden Anpassung an die in Belgien und in den Niederlanden bereits geltenden europäischen Mindesttarife entsprechen. Diesen Vorschlag nahm Frankreich recht kühl auf. Um den Amerikanern einen Gefallen zu erweisen, erklärte man sich bereit, den Fragenkomplex einer in Genf demnächst stattfindenden Sonderkonferenz zur Prüfung zu übergeben. In offiziellen französischen Kreisen gibt man jedoch zu verstehen, daß zunächst kein greifbares Ergebnis zu erwarten sei.

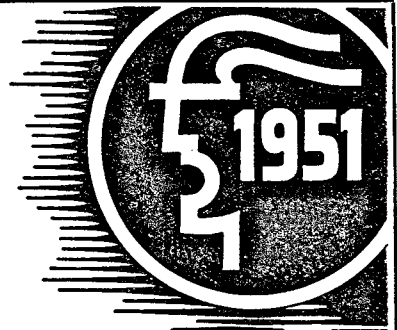
Offizielle Reaktionen auf die Ergebnisse der Zollverhandlungen von Torquay liegen schon wegen der bis Anfang Mai international vereinbarten Diskretion nicht vor. Die Industrie wird selbstverständlich mit jedem neuen Zugeständnis unzufrieden sein. In den Ministerien scheint man jedoch etwas anderer Ansicht zu sein, besonders da die französisch-amerikanischen Verhandlungen nach den vorliegenden Meldungen durchaus zufriedenstellend verliefen und die von den USA. gemachten Zugeständnisse die Einfuhr wichtiger französischer Exportgüter fühlbar erleichtern sollen. Für die allgemeine Beurteilung muß man schließlich berücksichtigen, daß Frankreich ohne Illusionen nach Torquay ging und im wesentlichen die Absicht hatte, seinen Zolltarif in seinen großen Zügen aufrechtzuerhalten, selbst auf die Gefahr hin, von seinen Handelspartnern in gleicher Weise behandelt zu werden. (fr.)

ander verhandeln, gelten eine Anzahl Spielregeln, deren wichtigste für Länder mit relativ niedrigen Tarifsätzen — zu denen die Beneluxländer gehören — wohl die ist, daß die Konsolidierung eines niedrigen Tarifs einer wesentlichen Verminderung eines hohen Tarifs gleichzusetzen ist.

DEUTSCHE INDUSTRIE-MESSE HANNOVER

TECHNISCHE MESSE 29. APRIL — 8. MAI

Messe-Ausweise und Prospekte bei den Industrie- und Handelskammern sowie
Handwerkskammern verfügbar • 33 1/3 % Fahrpreismäßigung bei der Bundesbahn



DIE REPRÄSENTATIVE MESSE DER BUNDESREPUBLIK

Angleichung der Tarife

Die Beneluxländer verlangten, daß der auffallenden Ungleichheit der Tarife ein Ende bereitet werden sollte, denn gerade diese Länder haben nicht nur niedrige Tarife, sondern auch ihren Außenhandel weitgehend liberalisiert. Schon in einem ziemlich frühen Stadium der Besprechungen gaben die Beneluxabordnungen der Konferenz zu verstehen, daß ihre Regierungen die Ergebnisse nach dem Grad, in dem die bestehende Unausgeglichenheit der Tarife beseitigt werden würde, beurteilen würden. Sollten diese Ergebnisse unbefriedigend sein, so würden sich die Beneluxländer ihre Position bezüglich der früher gemachten Konzessionen, sowie der Einführung neuer Konzessionen und sogar der Anwendung quantitativer Einfuhrbeschränkungen zum Schutz der von hohen Einfuhrtarifen anderer Länder gefährdeten Positionen vorbehalten.

Natürlich unterstützten die USA. — obwohl sie selbst hohe Tarife haben — diese Bestrebungen auf Grund ihrer Europapolitik. Die Beneluxländer konnten diese Unterstützung gut gebrauchen, denn es ist wohl sicher, daß — falls hier die OEEC. nicht als eine starke treibende Kraft auftreten würde — die Beneluxländer zu schwach wären, um sich durchsetzen zu können.

Während der Konferenz erreichten die Beneluxländer mit Deutschland, den USA., Dänemark, Italien, Österreich, der Türkei und Peru Übereinstimmung, nicht aber mit England, Frankreich und den restlichen skandinavi-

schen Ländern. Hierzulande besteht die offen ausgesprochene Überzeugung, daß die innenpolitischen Schwierigkeiten der unstabilen englischen Regierung die in der Konferenz gezeigte Reserviertheit diktiert hat und daß es der Haltung dieser Regierung weitgehend zuzuschreiben ist, daß die Konferenz nicht erreicht hat, was nach hiesiger Ansicht möglich gewesen

Liberalisierung als Tauschobjekt

Die Position der Beneluxländer war schwach. Erstens waren in der Konferenz nur bilaterale Ergebnisse zu erreichen. Weiter haben sie als Länder mit relativ niedrigen Tarifsätzen wenig anzubieten. Ihre Tarife können sie auf Grund der Tarifkonsolidierung von Genf (1947) nicht erhöhen, weil diese nur eine sehr bedingte Erhöhung gestattet.

Als einzige Möglichkeit zum Ausweichen bleibt für diese Staaten nur die Verbindung der Tariffrage mit der Liberalisierung ihres Außenhandels übrig. (Wie bekannt ist, behaupten die Engländer, daß die Liberalisierung und die Herabsetzung der Einfuhrtarife zwei völlig verschiedene Probleme seien!) Es scheint nicht ausgeschlossen, daß in der Zukunft die Beneluxländer in diesem Punkt ihren Standpunkt durchzusetzen versuchen werden. Dazu könnte der Beschluß der OEEC., nach der Konferenz von Torquay die Tariffragen nochmals zu studieren, eine willkommene Möglichkeit bieten.

Vertagte Unifizierung

Die Beneluxländer, die in Torquay eine größere Einigkeit als bei den Verhandlungen über die Benelux-Union zeigten, hatten die USA.

unter der Bedingung an ihrer Seite, wenn die erwünschte Unifikation der Tarife auf einer „non-preferential basis“ vorgenommen und das Ganze in den Rahmen des GATT. gestellt würde. Dadurch wurde jedoch das gesteckte Ziel insofern nicht erreicht, als man zu der Überzeugung kam, daß diese Fragen nicht vor Ende der Konferenz gelöst werden konnten! Zum Augenblick dieser Erkenntnis hatte man zwei Monate darüber verhandelt.

„Non-preferential basis“

Trotzdem war der Beneluxversuch nicht völlig ergebnislos: es wurde die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen. Dieser Ausschuss soll eine Arbeitsgruppe des GATT. sein, die die Möglichkeiten einer Tarifnivellierung zwischen den OEEC.-Ländern auf „non-preferential basis“ studieren wird. Damit schienen die Beneluxländer der begehrten Nivellierung der Einfuhrrechte im OEEC.-Rahmen, wenn möglich auf dem Niveau der niedrigsten Tarife, näher gekommen zu sein. Dabei könnten die Beneluxländer nur gewinnen, da sie doch selbst die niedrigsten Tarife haben. In diesem Zusammenhang konnten sie dann auch dem amerikanischen Verlangen nach einer Nivellierung auf „non-preferential basis“ ruhig nachgeben. Hierzulande glaubt man nicht, daß die Arbeit der Gruppe beneidenswert sein wird. Einerseits ist England wegen der „non-preferential basis“ dagegen, andererseits werden sich die USA. aufs schärfste gegen jede Präferenz wehren. Sollte man überhaupt zu

einem positiven Ergebnis kommen, dann sieht es jetzt so aus, daß sich Westeuropa unter Ausschluß von England und unter wohlwollender Oberaufsicht der USA. einigen wird.

Auch wenn man hier keine zu großen Erwartungen gehegt hat, so wird man in wenigen Ländern über die kümmerlichen Ergebnisse so unzufrieden und enttäuscht sein wie in den Beneluxländern. Der Leiter der niederländischen Delegation, Dr. H. van Blankenstein, erklärte

schon vor einiger Zeit, daß die Konferenz für diese Staaten eine besondere Bedeutung habe, weil sie einen Beitrag zur Lösung der grundlegenden Frage der Tarifunterschiede von Ländern mit einem ungefähr gleichen Grad der wirtschaftlichen Entwicklung zu liefern habe. „Geschieht das nicht“, so schloß diese maßgebende Persönlichkeit ihre Ausführungen, „so werden die Beneluxländer ihre Haltung gegenüber dieser Art von Konferenzen revidieren müssen“. (e)

SKANDINAVIEN: Etappe weltweiter Integration

Stockholm, den 7. April
„Anstatt in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Abkommen (gemeint sind Havanna-Charta und GATT) sich auf stetig umfassendere Zollbindungen und Zollermäßigungen einzustellen, sind allzu viele Länder den entgegengesetzten Weg gegangen und haben das Zollniveau in ganz wesentlichem Umfang erhöht. Unter den westeuropäischen Ländern, die nach dieser Linie operiert haben, sind vor allem Frankreich, Italien und Westdeutschland zu nennen. Der gewaltige Unterschied im Zollniveau zwischen auf der einen Seite ausgesprochenen Hochtarifländern und solchen mit niedrigen Sätzen auf der anderen, hat die Verhandlungen in Torquay auf ein völlig schiefes Geleise geführt und ihre prinzipiellen Grundlagen in wesentlichem Umfang geradezu in Stücke gerissen“, — mit diesen Worten charakterisierte vor einigen Monaten das Organ des norwegischen Exportrates „Norges Utenrikshandel“ in einem damals in Nordeuropa stark beachteten Aufsatz die Zollverhandlungen als „Spiegelfechtereie in Torquay“. Und das maßgebende und angesehene Blatt fügte hinzu, daß die Politik

einzelner Länder die Wirkungen der Einfuhrliberalisierung zweifellos verringern und daß sich des weiteren für alle Länder mit niedrigen Zolltarifen — zu welchen die skandinavischen Staaten grundsätzlich gehören — tiefgreifende Veränderungen im Außenhandelsverkehr mit hochtarifarischen Ländern ergeben müßten.

Freihändlerische Grundstimmung

Es wäre sicher falsch, diese von norwegischer Seite kommende Auffassung zu verallgemeinern und sie als unbedingt maßgebend für alle skandinavischen Länder herausstellen zu wollen. Denn dagegen spricht allein schon die Tatsache, daß sich in Skandinavien, bedingt durch die hohe Weltmarktverbundenheit, der freihändlerische Gedanke noch immer am ehesten erhalten hat und daß ferner vom Norden alle Bemühungen um den Abbau internationaler Handelsbehinderungen auf das lebhafteste begrüßt und gefördert werden, — insoweit die skandinavischen Länder die ökonomische Kapazität besitzen, sich einem solchen Abbau ohne ernstliche Gefährdung eigener Interessen auch anschließen zu können. (Der gegenwärtige Wi-

derstand Dänemarks und Norwegens gegen die weitere Einfuhrliberalisierung entspricht denn auch in keiner Weise einer prinzipiellen Ablehnung, sondern er ist ganz einfach der Ausdruck des wirtschaftlichen Unvermögens.)

Fehlende Kompensationsobjekte

Es muß auf der anderen Seite jedoch mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht werden, daß in der Tat alle drei großen skandinavischen Länder einen vergleichsweise recht geringen Zollschutz genießen, und daß ihre Verhandlungsposition demgemäß von vornherein in Torquay schwächer war als diejenige der meisten anderen Staaten. Skandinavien fehlten mit anderen Worten „Kompensationsobjekte“, woraus es sich im wesentlichen auch erklärt, daß den Verhandlungen in Torquay nicht die gleiche Bedeutung beigemessen worden ist wie anderswo, und daß sie als eine Art von „Feilschen“ um günstigere Positionen aufgefaßt worden sind. Überdies sind die erreichten Ergebnisse noch zu wenig bekannt, weshalb sich ein abschließendes Urteil über das Vertragswerk von Torquay noch nicht abgeben läßt. Maßgebende Kreise erwarten, daß in erster Linie Verträge mit den USA. und Westdeutschland sowie zwischen den skandinavischen Ländern untereinander zustande kommen.

Abgesehen von diesem unmittelbaren und direkten Interesse wird den Arbeiten von Torquay in Skandinavien jedoch unter der weltwirtschaftlichen Perspektive hohe Bedeutung beigemessen! Torquay ist für den Norden gewissermaßen nur eine Etappe im Zuge der weltwirtschaftlichen Integration — wenn auch vielleicht keine sonderlich große —, die von Havanna

FLUGREISEBÜRO

und Schiffspassagen

RETTMEYER & HESSENMÜLLER

HAMBURG 36, NEUER JUNGFERNSTIEG 6

Telefon: Sammelnummer 34 54 53/6

Wir beraten Sie und buchen Ihre Flug- und Schiffspassagen



HAMBURGER KREDITBANK

FROHER

DRESDNER BANK

HAMBURG 36 · JUNGFERNSTIEG 22



und GATT über die OEEC zur EZU und neuerdings zum Schuman-Plan geführt hat, und in deren Rahmen gerade vor kurzem auch wieder das an und für sich ja alte Projekt der Nordeuropäischen Zollunion von maßgebenden Kreisen in den Vordergrund handelspolitischer Gestaltung gerückt worden ist. Hierbei verdient nun jedoch eine Nuance Erwähnung, die ursprünglich von Sir Arthur Salter in die internationale Zolldiskussion eingeführt worden ist und für die sich im Norden neben anderen neuerdings der bekannte schwedische Sozialökonom Professor Bertil Ohlin einsetzt — die Bildung einer Vereinigung von Ländern mit niedrigen Zollsätzen! Den Befürwortern dieses Gedankens schwebt ganz offenbar zunächst regional der nordeuropäische Wirtschaftsraum vor, zum anderen dann aber das genau gleiche Ziel, für das in Torquay gut ein halbes Jahr lang gearbeitet worden ist. Das verhältnismäßig schwächere handelspolitische Gewicht Skandinaviens bedingt mit anderen Worten zunächst den Einsatz mehr auf regionaler Ebene, ohne daß damit aber das Fernziel der internationalen Orientierung aus dem Auge verloren oder gar aufgegeben wird. Und insofern bedeutet Torquay, wenn auch indirekt, für die Nordländer eine wertvolle Etappe. (dt.)

Konkurrenz der Belastungen

Es werden gegenwärtig eine Anzahl Finanzpläne diskutiert, die alle das Ziel haben, mit marktkonformen oder staatsautoritären Maßnahmen die Mittel aufzubringen, die zum Ausbau der Rohstoff- und Grundindustrien so dringend benötigt werden. Die Mehrzahl dieser Pläne laufen auf eine neuerliche Belastung des Konsumenten hinaus.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die stark steigende Preistendenz der letzten Monate und die nicht unbeträchtlich angewachsene öffentliche Belastung bereits eine so starke Senkung des Realeinkommens mit sich gebracht hat, daß dadurch nennenswerte Lohnforderungen ausgelöst wurden. Auch die geplante „Kaufkraftumlenkung“ zur Bereitstellung von Investitionsmitteln wird als eine Senkung des Realeinkommens empfunden werden, ungeachtet ob dafür imaginäre Rechtstitel ausgestellt werden oder nicht. Wenn aber soziale Schichten infolge ihrer wirtschaftlichen Stärke entweder durch Aufrechterhaltung ihrer prozentualen Gewinn- und Handelsspannen oder durch neue Lohnforderungen in der Lage sind, sich gegen diesen beabsichtigten Konsumverzicht erfolgreich zur Wehr zu setzen, so wird jede soziale Verteilung der Neubelastung illusorisch.

Auf das Mißverhältnis im Ausbau von Konsumgüter- und Grundindustrien ist oft genug hingewiesen worden. Es ist durch die Methode der sogenannten Eigenfinanzierung ermöglicht und gefördert worden. In dieser Eigenfinanzierung steckt aber eine ungeheure Investitionsleistung, und sie enthält die Sparrate, die infolge der durch die Bedarfslage bedingten Preisgestaltung „abgeschöpft“ worden ist. Man braucht diesen überstürzten Ausbau der Konsumgüterindustrie gar nicht als „Fehlinvestition“ hinzustellen, es waren nur Investitionen zur falschen Zeit. Dank dieser unzeitgemäßen Förderung befindet sich die Konsumgüterindustrie heute in einem Ausbaustadium, in dem sich jede Drosselung des Inlandsabsatzes kostenerhöhend auswirkt, wodurch wiederum die Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkt beeinträchtigt wird.

Wenn man einen organischen Ausbau der Wirtschaftsstruktur anstreben will, wäre es also sinnvoll, die auch heute noch in einigen Wirtschaftszweigen reichlich anfallenden Eigenfinanzierungsmittel für die Fremdfinanzierung der Grundindustrien nutzbar zu machen, was nicht mit einer „Belastung der Abschreibungen“ zu verwechseln ist. Auch durch eine fühlbare Einschränkung der öffentlichen Ausgaben könnten bedeutende Mittel gewonnen werden. Da es sich beim Ausbau und der Rationalisierung der Grundindustrien ganz offensichtlich um produktive Investitionen handelt, die in ihrer Höhe und Zeitdauer bestimmbar sind, so kann die Aufbringung eines evtl. fehlenden Restes durch Krediterschöpfung bestimmt keinen so großen Schaden anrichten wie eine in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen unübersehbare Konsumbeschränkung. Es wäre sehr fraglich, ob eine so begrenzte Kreditausweitung sich auch nur vorübergehend inflationär auswirken würde, weil eine bessere Ausnutzung der Produktionsanlagen sich kostensenkend geltend machen wird. Dagegen wird ein Konsumverzicht immer deflationistisch wirken. (sk)

Ein Memorandum über die deutsche Wirtschaftslage

Das Memorandum des Bundesverbandes der Deutschen Industrie über die Wirtschaftslage der Bundesrepublik erhebt den Anspruch, als ausgewogenes Ganzes betrachtet werden zu müssen, dessen Verwirklichung auf Teilgebieten eher zum Schaden als zum Nutzen gereichen könne. Ohne die Bedeutung dieser von einer so gewichtigen Stelle veröffentlichten

Arbeit zu verkennen, ist ein derartiger Anspruch auf en bloc Annahme bedenklich, da einmal die Wirtschaft eine Angelegenheit des ganzen Volkes ist und die wirtschaftspolitischen Empfehlungen eines Sektors stets aus einer ganz bestimmten Perspektive heraus entwickelt werden und zum anderen das Memorandum selbst zu deutlich die Spannungen widerspiegelt, die

in diesem Sektor selbst bestehen. Man hat sich bemüht, Formulierungen zu finden, die alle diese Spannungen decken, und ist dabei vielfach in Klausulierungen verfallen, die die grammatikalische Korrektheit dem Eindruck einer Gesamtkonzeption opfern. Zu begrüßen ist die Prägnanz des Memorandums, das die Untersuchungsergebnisse von sechs Arbeitskreisen aus Mit-